



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 28.11.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 03. Dezember 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 05.11.2013

2. **12-F-33-0107**

Risikoanalyse Überflug Industriepark InfraServ
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0169 vom 24.09.2013
Herr Dr. Schubert - Matrisk GmbH hat seine Teilnahme zugesagt.

ANLAGE - Beschluss

3. 13-F-03-0132

Verkehrsanbindung Airbase Erbenheim

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2013

Die US-Streitkräfte erwarten die Bereitstellung weiterer Flächen zur Errichtung einer zweiten Zufahrt zum Airfield Erbenheim in der Größenordnung von 5,8 Hektar. Dazu hat die Stadtverordnetenversammlung bereits im November 2011 und im Oktober 2013 ein Entwicklungskonzept für den Gesamtbereich des Flugplatzes gefordert (Vorlagen Nr. 11-V-61-0036 und 13-V-61-0029), um mögliche Auswirkungen und Folgelasten einer Intensivierung der Nutzung einschätzen zu können. Ein solches Konzept liegt der Stadtverordnetenversammlung bis heute nicht vor. Weiterhin wurde gefordert, die Inanspruchnahme zusätzlicher landwirtschaftlicher Flächen zu vermeiden. Dargelegt wurde außerdem, dass eine Erschließung über Wiesbaden-Erbenheim abgelehnt wird. Gegen die unterschiedlichsten Varianten wurden seitens der Träger öffentlicher Belange in den bereits durchgeführten Anhörungsverfahren Bedenken vorgetragen, die bislang nicht ausgeräumt werden konnten. Hierzu seien beispielhaft benannt:

- mögliche Grundwassergefährdung im Bereich des Altstandortes „Erbenheimer Lackfabrik“
- Abweichung von den Zielsetzungen des Regionalen Flächennutzungsplans, der den Bereich als Regionalen Grünzug und Vorranggebiet für die Landwirtschaft ausweist
- Inanspruchnahme hochwertiger Landwirtschaftsflächen
- private Anlieger und Betroffene der Landbesitznahme trugen Bedenken vor und beabsichtigen unter Umständen gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, als Alternative zu einer zweiten Zufahrt (Anbindung über den Mittelpfad) zum Airfield die folgende Möglichkeit zu prüfen:

Ausbau bzw. Ertüchtigung der bereits bestehenden Zufahrt mit Verbreiterung der bestehenden Einfahrtportale (bzw. Schaffung eines zweiten Tores) und entsprechender verkehrstechnischer Erschließung innerhalb des Kasernengeländes, um damit die Einrichtungen am Nordende des Airfields zu erreichen.

4. 13-F-33-0102

Wildbestand

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 26.11.2013

Wie der Frankfurter Rundschau vom 11.11.2013 zu entnehmen war, gibt es in Hessen derzeit so viel Wild wie nie.

Dies hat zum einen negative Auswirkungen im Bereich der Forstwirtschaft. So müssen neu gepflanzte Bäume aufwändig geschützt werden, damit diese nicht direkt wieder abgefressen werden. Wo dieser Schutz nicht möglich ist, kommt es zu erheblichen Schädigungen des Waldbestandes. Insbesondere kann dies die Artenvielfalt des Waldes gefährden.

Zum anderen geht hiervon auch eine erhebliche Gefahr für die Straßenverkehrsteilnehmer aus. Jedes Jahr kommt es zu zahlreichen Verkehrsunfällen im Zusammenhang mit Wildtieren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten wie sich der Wildtierbestand in den Wäldern in und um Wiesbaden darstellt und ob hier eine Zunahme in den Beständen festgestellt werden kann.
2. insbesondere darzustellen, wie sich die Ausbreitung des Waschbärs in Wiesbaden bemerkbar macht und ob es hierdurch zu Vorfällen in Wohngebieten gekommen ist.
3. zu berichten welche Auswirkungen der aktuelle Wildbestand auf die Forstwirtschaft hat.
4. das aktuelle Konzept zur Bejagung darzustellen und gegebenenfalls auf Probleme bei der derzeitigen Umsetzung hinweisen.
5. mögliche Alternativen zur bisherigen Praxis der Bejagung aufzuzeigen.

5. 13-F-08-0095

Alternativen zum Streusalz auch im Straßenverkehr
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 27.11.2013

Das Ausbringen von Streusalz auf Gehwegen und Einfahrten sowie im privaten Bereich ist nicht gestattet. Aber auf Wiesbadener Straßen werden jedes Jahr tausende Tonnen von Streusalz aufgebracht.

Das Salz hat nachteilige Wirkungen. Es wirkt Nährstoff auswaschend, schädigt Randpflanzungen, wirkt toxisch auf Bäume, verändert die Dichte des Bodens und mindert die Stoffwechsellätigkeit der Bodenlebewesen. Bäume und Pflanzen in der Umgebung des ausgebrachten Salzes wachsen langsamer, verlieren früher ihre Blätter und werden anfälliger für Bakterien und Pilze. Vor allem die klassischen Alleebäume reagieren sehr anfällig.

Salz vermindert die Aufnahme von Magnesium, Kalium und Kalzium, führt zu kleineren Jahresringen und zu früherem Altern. An den Stellen, an denen Streusalz direkt an den Pflanzen wirken kann, führt es zu Ätz- und Verbrennungsschäden.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie der Magistrat die Wirkung des massiven Einsatzes von Streusalz auf Umwelt, Tier und Mensch in der Landeshauptstadt bewertet.
- wie der Magistrat die Einsatztauglichkeit von alternativen Streumitteln wie Maisspindelgranulat oder Saefcot auf Straßen bewertet und ob es Erfahrungen mit diesen oder anderen Streumitteln wie beispielsweise Sand und Split in Wiesbaden gibt.
- ob es mit der Winterreifenpflicht Möglichkeiten gibt, auf den Einsatz von Streusalz ganz oder zumindest teilweise zu verzichten resp. nur bei Blitzeis zu verwenden.

6. 13-F-03-0134

Heckenrodung und Umgestaltung der Seitenstreifen an der Biebricher Allee
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2013

Wie der Presse kürzlich zu entnehmen war, soll die Heckenstruktur beidseitig der Biebricher Allee entfernt und durch Rasenflächen und an drei Stellen durch eine ganzjährige Bepflanzung ersetzt werden. Begründet wird die Maßnahme mit dem standortbedingt schlechten Zustand der Heckenstreifen (Beschattung durch Lindenallee, Trockenheit, Nährstoffkonkurrenz durch Baumwurzeln, Streusalzeintrag etc.) und mit einer angestrebten ästhetischen Aufwertung durch ein einheitliches und gepflegtes Erscheinungsbild.

Bei einer Umgestaltung dieser und ggf. weiterer Flächen im Stadtgebiet sollte grundsätzlich berücksichtigt werden, dass Hecken auch eine Funktion als Staubfilter haben. Außerdem ist davon auszugehen, dass die beschriebenen ungünstigen Standortbedingungen sich ebenfalls negativ auf die geplanten Rasenflächen und Bepflanzungen auswirken.

Zur ökologischen Aufwertung und Förderung der Artenvielfalt auch im Innenstadtbereich sollten bei Neu- und Umgestaltungen bevorzugt einheimische Pflanzen mit einem entsprechenden Nahrungsangebot für die Tierwelt verwendet werden. Diese Art der Grüngestaltung kann auch ästhetisch sehr ansprechend umgesetzt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat möge berichten,
 - ob durch eine standortgerechtere Gehölzauswahl ein zumindest teilweiser Ersatz der Hecken möglich und mit vertretbarem Aufwand dauerhaft zu erhalten wäre,
 - ob die geplanten Rasen- und Pflanzflächen weniger unter den schwierigen Standortbedingungen leiden als Gehölze,
 - ob der Pflegeaufwand bei der Anlage von Rasen- und Beetflächen anstelle von Gehölzen sinkt oder steigt,
 - ob es eine übergreifende Konzeption zum Umgang auch mit weiteren Hecken an Hauptverkehrsstraßen gibt,
 - ob die geplante Umgestaltung über den Ortsbeirat hinaus in städtischen Gremien behandelt wurde.
2. Der Magistrat wird aufgefordert,
 - bei der Neuanlage der Grünfläche an der Biebricher Allee bevorzugt einheimische Pflanzenarten (Zwiebelpflanzen, Wieseneinsaat, Stauden, ggf. Gehölze) mit einem entsprechenden Nahrungsangebot für Insekten und ggf. Vögel einzusetzen.

7. 12-F-08-0103

Körbe für Pfandgut an Mülleimern im Stadtgebiet - Bürger_innenantrag
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0145; Ziffer 2 vom 27.08.2013

Der Magistrat berichtet mündlich.

ANLAGE - Beschluss

8. **13-V-61-0046** **DL 56/13-12**

Bebauungsplan "Medenbach-Ortsmitte" im Ortsbezirk Medenbach - Satzungsbeschluss -

9. **13-V-61-0047** **DL 56/13-13**

Bebauungsplan "Bürgerhaus Medenbach" im Ortsbezirk Medenbach - Satzungsbeschluss -

10. **13-V-61-0048** **DL 56/13-14**

Bebauungsplan "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Satzungsbeschluss -

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

13-V-20-0078

DL 56/13-2

Investitionscontrolling 3. Quartal 2013

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender